

Neoliberalismus – die Ideologie, die die Wurzel all unserer Probleme ist

Finanzkrise, Umweltkatastrophe und sogar der Aufstieg Donald Trumps – der Neoliberalismus hat all dies mitgetragen. Warum hat die Linke keine Alternative gefunden?

<https://www.theguardian.com/books/2016/apr/15/neoliberalism-ideology-problem-george-monbiot>



[George Monbiot](#)

Fr., 15. April 2016, 13:00 Uhr MESZ

Ich stelle mir vor, die Menschen in der Sowjetunion hätten noch nie vom Kommunismus gehört. Die Ideologie, die unser Leben beherrscht, hat für die meisten von uns keinen Namen. Erwähne sie im Gespräch, und du wirst mit einem Achselzucken belohnt. Selbst wenn deine Zuhörer den Begriff schon einmal gehört haben, werden sie Schwierigkeiten haben, ihn zu definieren. Neoliberalismus: Weißt du, was das ist?

Ihre Anonymität ist Symptom und Ursache ihrer Macht zugleich. Sie hat in einer bemerkenswerten Vielfalt von Krisen eine maßgebliche Rolle gespielt: der [Finanzkrise](#) von 2007/08, der Verlagerung von Reichtum und Macht ins Ausland, von der uns die [Panama Papers](#) nur einen flüchtigen Blick gewähren, dem langsamen Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens, der wiederauflebenden Kinderarmut, [der epidemischen Einsamkeit](#), dem Kollaps von Ökosystemen, dem Aufstieg [Donald Trumps](#). Doch wir reagieren auf diese Krisen, als träten sie isoliert auf, scheinbar ohne zu bemerken, dass sie alle entweder durch dieselbe kohärente Philosophie ausgelöst oder verschärft wurden; eine Philosophie, die einen Namen hat – oder hatte. Welche größere Macht kann es geben, als namenlos zu agieren?

Ungleichheit wird als Tugend dargestellt. Der Markt sorgt dafür, dass jeder bekommt, was er verdient.

Der Neoliberalismus ist so allgegenwärtig, dass wir ihn kaum noch als Ideologie wahrnehmen. Wir scheinen die Annahme zu akzeptieren, dieser utopische, millenaristische Glaube beschreibe eine neutrale Kraft; eine Art biologisches Gesetz, ähnlich Darwins Evolutionstheorie. Doch die Philosophie entstand als bewusster Versuch, das menschliche Leben neu zu gestalten und die Machtverhältnisse zu verschieben.

Der Neoliberalismus betrachtet Wettbewerb als das bestimmende Merkmal menschlicher Beziehungen. Er definiert Bürger als Konsumenten, deren demokratische Entscheidungen am besten durch Kaufen und Verkaufen getroffen werden können – ein Prozess, der Leistung belohnt und Ineffizienz bestraft. Er behauptet, „der Markt“ biete Vorteile, die durch Planung niemals erreicht werden könnten.

Versuche, den Wettbewerb einzuschränken, werden als freiheitsfeindlich angesehen. Steuern und Regulierung sollten minimiert, öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Die Organisation der Arbeit und die Tarifverhandlungen durch [Gewerkschaften](#) werden als Marktverzerrungen dargestellt, die die Bildung einer natürlichen Hierarchie von Gewinnern und Verlierern behindern. Ungleichheit wird als Tugend dargestellt: als Belohnung für Nutzen und als Quelle von Reichtum, der alle bereichert. Bemühungen um eine gerechtere Gesellschaft sind kontraproduktiv und moralisch verwerflich. Der Markt stellt sicher, dass jeder bekommt, was ihm zusteht.

Wir verinnerlichen und reproduzieren ihre Glaubenssätze. [Die Reichen reden sich ein](#), ihren Reichtum durch Verdienste erworben zu haben, und ignorieren dabei die Vorteile – wie Bildung, Erbe und soziale Stellung –, die möglicherweise dazu beigetragen haben. Die Armen beginnen, sich selbst die Schuld für ihr Versagen zu geben, selbst wenn sie wenig tun können, um ihre Umstände zu ändern.

Vergessen Sie die strukturelle Arbeitslosigkeit: Wenn Sie arbeitslos sind, liegt das an mangelnder Unternehmungslust. Vergessen Sie die unerschwinglichen Wohnkosten: Wenn Ihre Kreditkarte überzogen ist, sind Sie verantwortungslos und leichtsinnig. Vergessen Sie, dass Ihre Kinder keinen Schulsportplatz mehr haben: Wenn sie dick werden, ist es Ihre Schuld. In einer vom Wettbewerb beherrschten Welt werden diejenigen, die zurückfallen, als Verlierer definiert und sehen sich selbst als solche.

Zu den Folgen, wie Paul Verhaeghe in seinem Buch „*What About Me?*“ dokumentiert, zählen epidemische Selbstverletzungen, Essstörungen, Depressionen, Einsamkeit, Versagensängste und soziale Phobien. Es überrascht vielleicht nicht, dass Großbritannien, wo die neoliberale Ideologie am konsequentesten umgesetzt wurde, [die Einsamkeitshauptstadt Europas](#) ist. Wir sind heute alle Neoliberale.

Der Begriff Neoliberalismus wurde 1938 auf einem Treffen in Paris geprägt. Unter den Delegierten befanden sich zwei Männer, die die Ideologie prägten: Ludwig von Mises und Friedrich Hayek. Beide stammten aus Österreich und betrachteten die Sozialdemokratie, verkörpert durch Franklin Roosevelts New Deal und den allmählichen Aufbau des britischen Wohlfahrtsstaates, als Ausdruck eines Kollektivismus, der im gleichen Spektrum wie Nationalsozialismus und Kommunismus angesiedelt war.

In seinem 1944 erschienenen Buch „*Der Weg zur Knechtschaft*“ argumentierte Hayek, staatliche Planwirtschaft führe durch die Unterdrückung des Individualismus unweigerlich zu totalitärer Herrschaft. Wie Mises' Buch „*Bürokratie*“ fand auch „*Der Weg zur Knechtschaft*“ große Beachtung. Es erregte die Aufmerksamkeit einiger sehr wohlhabender Menschen, die in der Philosophie eine Möglichkeit sahen, sich von Regulierung und Steuern zu befreien. Als Hayek 1947 die erste Organisation gründete, die die Doktrin des Neoliberalismus verbreitete – die [Mont Pèlerin Society](#) –, wurde sie von Millionären und ihren Stiftungen finanziell unterstützt.

Mit ihrer Hilfe begann er, das aufzubauen, was Daniel Stedman Jones in *Masters of the Universe* als „eine Art neoliberale Internationale“ beschreibt: ein transatlantisches Netzwerk von Akademikern, Geschäftsleuten, Journalisten und Aktivisten. Die reichen Geldgeber der Bewegung finanzierten eine [Reihe von Thinktanks](#), die die Ideologie verfeinerten und propagierten. Zu ihnen gehörten das [American Enterprise Institute](#), [die Heritage Foundation](#), [das Cato Institute](#), [das Institute of Economic Affairs](#), [das Centre for Policy Studies](#) und [das Adam Smith Institute](#). Sie finanzierten auch akademische Stellen und Fakultäten, insbesondere an den Universitäten von Chicago und Virginia.

Im Laufe seiner Entwicklung wurde der Neoliberalismus immer schärfer. Hayeks Ansicht, Regierungen sollten den Wettbewerb regulieren, um die Bildung von Monopolen zu verhindern, wich – bei amerikanischen Neoliberalen wie [Milton Friedman](#) – der Überzeugung, Monopolmacht könne als Belohnung für Effizienz angesehen werden.

Während dieses Übergangs geschah noch etwas anderes: Die Bewegung verlor ihren Namen. 1951 bezeichnete [sich Friedman noch gerne als Neoliberalen](#). Doch bald darauf begann der Begriff zu verschwinden. Noch seltsamer: Obwohl die Ideologie klarer und die Bewegung kohärenter wurde, wurde der verlorene Name nicht durch eine gemeinsame Alternative ersetzt.

Trotz seiner großzügigen Finanzierung blieb der Neoliberalismus zunächst marginal. Der Nachkriegskonsens war nahezu universell: [John Maynard Keynes](#)' wirtschaftspolitische Rezepte fanden breite Anwendung,

Vollbeschäftigung und Armutsbekämpfung waren in den USA und weiten Teilen Westeuropas gemeinsame Ziele, die Spitzensteuersätze waren hoch, und die Regierungen strebten ohne Scham nach sozialen Verbesserungen, indem sie neue öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherungssysteme entwickelten.

Doch in den 1970er Jahren, als die keynesianische Politik zu bröckeln begann und Wirtschaftskrisen auf beiden Seiten des Atlantiks ausbrachen, begannen neoliberale Ideen Einzug in den Mainstream zu halten. Wie Friedman bemerkte: „Als die Zeit für Veränderungen gekommen war, ... stand eine Alternative bereit, die man aufgreifen konnte.“ Mit Hilfe wohlwollender Journalisten und politischer Berater wurden Elemente des Neoliberalismus, insbesondere seine geldpolitischen Vorgaben, von der US-Regierung Jimmy Carters und der britischen Regierung Jim Callaghans übernommen.

Es mag seltsam erscheinen, dass eine Doktrin, die Wahlmöglichkeiten verspricht, mit dem Slogan „Es gibt keine Alternative“ beworben wurde.

Nach der Machtübernahme von Margaret Thatcher und Ronald Reagan folgte bald der Rest des Pakets: massive Steuersenkungen für die Reichen, die Zerschlagung der Gewerkschaften, Deregulierung, Privatisierung, Outsourcing und Wettbewerb im öffentlichen Dienst. Durch IWF, Weltbank, den Maastricht-Vertrag und die Welthandelsorganisation wurden neoliberale Politiken – oft ohne demokratische Zustimmung – weiten Teilen der Welt aufgezwungen. Besonders bemerkenswert war die Übernahme durch Parteien, die einst eher links lagen, wie zum Beispiel Labour und die Demokraten. Wie Stedman Jones bemerkt: „Es ist schwer, sich eine andere Utopie vorzustellen, die so vollständig verwirklicht wurde.“

Es mag seltsam erscheinen, dass eine Doktrin, die Wahlfreiheit und Freiheit verspricht, mit dem Slogan „Es gibt keine Alternative“ beworben wird. Doch [wie Hayek](#) bei einem Besuch in Pinochets Chile – einem der ersten Länder, in denen dieses Programm umfassend umgesetzt wurde – bemerkte: „Ich persönlich bevorzuge eher eine liberale Diktatur als eine demokratische Regierung ohne Liberalismus.“ Die Freiheit, die der Neoliberalismus bietet und die so verlockend klingt, wenn man sie allgemein formuliert, bedeutet in Wirklichkeit Freiheit für die Hechte, nicht für die Kleinen.

Freiheit von Gewerkschaften und Tarifverhandlungen bedeutet die Freiheit, Löhne zu drücken. Freiheit von Regulierung bedeutet die [Freiheit, Flüsse zu vergiften](#), Arbeiter zu gefährden, ungerechte Zinsen zu verlangen und exotische Finanzinstrumente zu entwickeln. Freiheit von Steuern bedeutet Freiheit von der Vermögensverteilung, die Menschen aus der Armut befreit.



Naomi Klein dokumentierte, dass Neoliberale Krisen dazu nutzten, unpopuläre Politik durchzusetzen, während die Bevölkerung abgelenkt war. Foto: Anya Chibis/The Guardian

dokumentiert [Wie Naomi Klein in ihrem Buch „Die Schock-Strategie“](#), befürworteten neoliberale Theoretiker die Nutzung von Krisen, um unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, während die Menschen abgelenkt waren. Beispiele hierfür waren die Nachwirkungen des Pinochet-Putsches, des Irak-Krieges und des Hurrikans Katrina, den Friedman als „Gelegenheit zur radikalen Reform des Bildungssystems“ in [New Orleans](#) beschrieb .

Wo neoliberale Politik nicht im Inland durchgesetzt werden kann, wird sie international durchgesetzt, und zwar durch Handelsabkommen, die sogenannte [Investor-Staat-Streitbeilegung](#) beinhalten : Offshore-Schiedsgerichte, vor denen Konzerne die Abschaffung sozialer und ökologischer Schutzmechanismen fordern können. Wenn Parlamente beschlossen [, den Zigarettenverkauf](#) einzuschränken , die Wasserversorgung vor Bergbauunternehmen zu schützen, Energiekosten einzufrieren oder Pharmakonzerne daran zu hindern, den Staat auszubeuten, klagten Konzerne – oft erfolgreich. Demokratie wird zum Theater.

Der Neoliberalismus war nicht als eigennützige Masche konzipiert, entwickelte sich aber rasch zu einer

Ein weiteres Paradoxon des Neoliberalismus ist, dass universeller Wettbewerb auf universeller Quantifizierung und Vergleichbarkeit beruht. Die Folge ist, dass Arbeitnehmer, Arbeitssuchende und öffentliche Dienste aller Art einem engstirnigen, erstickenden Bewertungs- und Überwachungssystem unterworfen sind, das darauf abzielt, die Gewinner zu identifizieren und die Verlierer zu bestrafen. Die von Mises vorgeschlagene Doktrin, die uns vom bürokratischen Albtraum der Zentralplanung befreien sollte, hat stattdessen genau diesen geschaffen.

Der Neoliberalismus war nicht als eigennützige Masche gedacht, entwickelte sich aber schnell zu einer solchen. Das Wirtschaftswachstum war in der neoliberalen Ära (seit 1980 in Großbritannien und den USA) deutlich langsamer als in den vorangegangenen Jahrzehnten; allerdings nicht für die Superreichen. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nahm nach 60 Jahren des Niedergangs in dieser Ära aufgrund der Zerschlagung der Gewerkschaften, Steuersenkungen, steigender Mieten, Privatisierung und Deregulierung rapide zu.

Die Privatisierung oder Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Energie, Wasser, Eisenbahn, Gesundheit, Bildung, Straßen und Gefängnisse hat es Konzernen ermöglicht, Mautstellen vor lebenswichtigen Einrichtungen zu errichten und für deren Nutzung entweder von den Bürgern oder vom Staat Miete zu verlangen. Miete ist ein anderer Begriff für unverdientes Einkommen. Wenn Sie einen überhöhten Preis für eine Bahnfahrkarte bezahlen, entschädigt nur ein Teil des Fahrpreises die Betreiber für die Ausgaben für Treibstoff, Löhne, Fahrzeuge und andere Ausgaben. Der Rest spiegelt die Tatsache wider, dass [sie Sie in der Hand haben](#) .



In Mexiko erhielt Carlos Slim die Kontrolle über fast alle Telefondienste und wurde bald zum reichsten Mann der Welt. Foto: Henry Romero/Reuters

Die Eigentümer und Betreiber der privatisierten oder halbprivatisierten Dienste Großbritanniens erzielen enorme Vermögen, indem sie wenig investieren und viel verlangen. In Russland und Indien erwarben Oligarchen Staatsvermögen durch Notverkäufe. In Mexiko [erlangte Carlos Slim](#) die Kontrolle über fast alle Festnetz- und Mobilfunkdienste und wurde bald zum reichsten Mann der Welt.

Die Finanzialisierung hatte, wie Andrew Sayer in seinem Buch „[Why We Can't Afford the Rich](#)“ anmerkt, ähnliche Auswirkungen. „Wie Miete“, argumentiert er, „sind Zinsen ... unverdientes Einkommen, das ohne jegliche Anstrengung entsteht.“ Während die Armen ärmer und die Reichen reicher werden, erlangen die Reichen zunehmend Kontrolle über ein weiteres wichtiges Gut: Geld. Zinszahlungen sind überwiegend ein Geldtransfer von den Armen zu den Reichen. Während Immobilienpreise und der Abbau staatlicher Mittel die Menschen mit Schulden belasten (man denke an die Umstellung von Studienbeihilfen auf Studienkredite), müssen die Banken und ihre Manager aufräumen.

Sayer argumentiert, dass die letzten vier Jahrzehnte von einer Vermögensverschiebung nicht nur von den Armen zu den Reichen, sondern auch innerhalb der Reichen geprägt waren: von denen, die ihr Geld mit der Produktion neuer Waren oder Dienstleistungen verdienen, zu denen, die ihr Geld mit der Kontrolle bestehender Vermögenswerte und der Einziehung von Mieten, Zinsen oder Kapitalgewinnen verdienen. Arbeitseinkommen wurde durch unverdientes Einkommen ersetzt.

Neoliberale Politik ist überall von Marktversagen betroffen. Nicht nur die Banken sind zu groß, um sie scheitern zu lassen, sondern auch die Unternehmen, die heute mit der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen beauftragt sind. Wie Tony Judt in „[Ill Fares the Land](#)“ betonte, vergaß Hayek, dass lebenswichtige nationale Dienstleistungen nicht zusammenbrechen dürfen, was bedeutet, dass der Wettbewerb nicht seinen Lauf nehmen kann. Die Unternehmen streichen die Gewinne ein, der Staat trägt das Risiko.

Je größer das Versagen, desto extremer wird die Ideologie. Regierungen nutzen neoliberale Krisen als Vorwand und Gelegenheit, Steuern zu senken, verbleibende öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren, das soziale Netz zu durchlöchern, Unternehmen zu deregulieren und die Bürger neu zu regulieren. Der selbsthassende Staat verbeißt sich nun in jedes Organ des öffentlichen Sektors.

Die vielleicht gefährlichste Auswirkung des Neoliberalismus sind nicht die von ihm verursachten Wirtschaftskrisen, sondern die politische Krise. Mit der Einschränkung des staatlichen Einflusses schrumpft auch unsere Fähigkeit, unser Leben durch Wahlen zu beeinflussen. Stattdessen, so die neoliberale Theorie, können Menschen ihre Entscheidungen durch Ausgaben treffen. Doch manche haben mehr Geld zum Ausgeben als andere: In der großen Konsum- oder Aktionärsdemokratie sind die Stimmen ungleich verteilt. Die Folge ist eine Entmachtung der Armen und der Mittelschicht. Da Parteien der Rechten und der [ehemaligen Linken](#) ähnliche neoliberale Politiken verfolgen, schlägt die Entmachtung in Entrechtung um. Viele Menschen verlieren ihre politische Orientierung.



Slogans, Symbole und Sensationen ... Donald Trump. Foto: Aaron Josefczyk/Reuters

Chris Hedges [bemerkt](#) : „Faschistische Bewegungen stützen ihre Basis nicht auf politisch Aktive, sondern auf politisch Inaktive, auf ‚Verlierer‘, die – oft zu Recht – das Gefühl haben, im politischen Establishment keine Stimme zu haben oder keine Rolle zu spielen.“ Wenn uns die politische Debatte nicht mehr anspricht, reagieren die Menschen [stattdessen auf Slogans, Symbole und Sensationen](#) . Für Trumps Bewunderer beispielsweise erscheinen Fakten und Argumente irrelevant.

Judt erklärte, wenn das dichte Netz der Beziehungen zwischen Volk und Staat auf nichts weiter als Autorität und Gehorsam reduziert sei, sei die Staatsmacht die einzige verbleibende Kraft, die uns binde. Der von Hayek befürchtete Totalitarismus werde eher entstehen, wenn Regierungen, die ihre moralische Autorität, die sich aus der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen ergibt, verloren hätten, sich darauf beschränken müssten, „die Menschen zu beschwatzen, zu bedrohen und letztlich zum Gehorsam zu zwingen“.

Wie der Kommunismus ist auch der Neoliberalismus der gescheiterte Gott. Doch die Zombie-Doktrin schleppt sich weiter, und einer der Gründe dafür ist ihre Anonymität. Oder vielmehr eine Ansammlung von Anonymitäten.

Die unsichtbare Doktrin der unsichtbaren Hand wird von unsichtbaren Geldgebern propagiert. Langsam, ganz langsam, entdecken wir die Namen einiger von ihnen. Wir finden heraus, dass das Institute of Economic Affairs, das sich in den Medien energisch gegen eine weitere Regulierung der Tabakindustrie ausgesprochen hat, [finanziert wird](#). seit 1963 heimlich von British American Tobacco [Wir erfahren, dass Charles und David Koch](#), zwei der reichsten Männer der Welt, das Institut gründeten, aus dem die [Tea-Party-Bewegung](#) hervorging . Wir erfahren, dass Charles Koch bei der Gründung eines seiner Thinktanks [feststellte](#) : „Um unerwünschte Kritik zu vermeiden, sollte nicht öffentlich gemacht werden, wie die Organisation kontrolliert und geleitet wird.“

Die Neureichen wurden einst von den Erben verachtet. Heute ist das Verhältnis umgekehrt.

Die vom Neoliberalismus verwendeten Begriffe verbergen oft mehr, als sie erklären. „Der Markt“ klingt wie ein natürliches System, das uns alle gleichermaßen beeinflussen könnte, wie die Schwerkraft oder der Luftdruck. Doch er ist voller Machtverhältnisse. Was „der Markt will“, bedeutet in der Regel, was Konzerne und ihre Chefs wollen. „Investition“, wie Sayer anmerkt, bedeutet zwei völlig unterschiedliche Dinge. Das eine ist die Finanzierung produktiver und gesellschaftlich nützlicher Aktivitäten, das andere der Kauf bestehender Vermögenswerte, um daraus Miete, Zinsen, Dividenden und Kapitalgewinne zu erzielen. Die Verwendung desselben Wortes für unterschiedliche Aktivitäten „verschleiert die Quellen des Reichtums“ und verleitet uns dazu, Reichtumsentnahme mit Reichtumbildung zu verwechseln.

Vor einem Jahrhundert wurden die Neureichen von den Erben verachtet. Unternehmer suchten gesellschaftliche Anerkennung, indem sie sich als Rentiers ausgaben. Heute ist das Verhältnis umgekehrt: Rentiers und Erben bezeichnen sich als Unternehmer. Sie behaupten, ihr unverdientes Einkommen verdient zu haben.

Diese Anonymität und Verwirrung gehen Hand in Hand mit der Namenlosigkeit und Ortlosigkeit des modernen Kapitalismus: dem Franchise-Modell, das dafür sorgt, dass die Arbeiter [nicht wissen, für wen sie schuften](#); den Unternehmen, die über ein Netz von Offshore-Geheimhaltungssystemen registriert sind, die so komplex sind, dass [nicht einmal die Polizei die wirtschaftlichen Eigentümer ermitteln kann](#); den Steuersystemen, die Regierungen in die Irre führen; den Finanzprodukten, die niemand versteht.

Die Anonymität des Neoliberalismus wird streng gewahrt. Diejenigen, die von Hayek, Mises und Friedman beeinflusst sind, neigen dazu, den Begriff abzulehnen und behaupten – mit einigem Recht –, dass er heute [nur noch abwertend](#) verwendet wird. Aber sie bieten uns keinen Ersatz. Manche bezeichnen sich selbst als klassische Liberale oder Libertäre, doch diese Beschreibungen sind sowohl irreführend als auch seltsam bescheiden, da sie suggerieren, dass „*Der Weg zur Knechtschaft*“, „*Die Bürokratie*“ oder Friedmans klassisches Werk „*Kapitalismus und Freiheit*“ nichts Neues seien.

Trotz alledem hatte das neoliberale Projekt, zumindest in seinen Anfängen, etwas Bewundernswertes an sich. Es war eine unverwechselbare, innovative Philosophie, die von einem kohärenten Netzwerk von Denkern und Aktivisten mit einem klaren Aktionsplan vorangetrieben wurde. Es war geduldig und beharrlich. *Der Weg in die Knechtschaft* wurde zum Weg zur Macht.

Der Triumph des Neoliberalismus spiegelt auch das Versagen der Linken wider. Als die Laissez-faire-Ökonomie 1929 in die Katastrophe führte, entwickelte Keynes eine umfassende Wirtschaftstheorie, die sie ersetzen sollte. Als die keynesianische Nachfragesteuerung in den 1970er Jahren an ihre Grenzen geriet, stand eine Alternative bereit. Doch als der Neoliberalismus 2008 zusammenbrach, gab es ... nichts. Deshalb ist der Zombie am Werk. Linke und Mitte haben seit 80 Jahren keinen neuen Rahmen für ökonomisches Denken geschaffen.

Jede Anrufung von Lord Keynes ist ein Eingeständnis des Scheiterns. Keynesianische Lösungen für die Krisen des 21. Jahrhunderts vorzuschlagen, bedeutet, drei offensichtliche Probleme zu ignorieren. Es ist schwer, Menschen für alte Ideen zu gewinnen; die in den 70er Jahren offengelegten Mängel sind nicht verschwunden; und vor allem sagen sie nichts über unser größtes Dilemma aus: die Umweltkrise. Der Keynesianismus funktioniert, indem er die Verbrauchernachfrage stimuliert, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Verbrauchernachfrage und Wirtschaftswachstum sind die Motoren der Umweltzerstörung.

Die Geschichte des Keynesianismus und des Neoliberalismus zeigt, dass es nicht ausreicht, sich einem kaputten System entgegenzustellen. Es muss eine schlüssige Alternative vorgeschlagen werden. Für Labour, die Demokraten und die Linke insgesamt sollte die zentrale Aufgabe darin bestehen, ein

ökonomisches Apollo-Programm zu entwickeln – den bewussten Versuch, ein neues System zu entwerfen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

theguardian.com 15.4.16

Imagine if the people of the Soviet Union had never heard of communism. The ideology that dominates our lives has, for most of us, no name. Mention it in conversation and you'll be rewarded with a shrug. Even if your listeners have heard the term before, they will struggle to define it. Neoliberalism: do you know what it is?

Its anonymity is both a symptom and cause of its power. It has played a major role in a remarkable variety of crises: the [financial meltdown](#) of 2007-8, the offshoring of wealth and power, of which the [Panama Papers](#) offer us merely a glimpse, the slow collapse of public health and education, resurgent child poverty, [the epidemic of loneliness](#), the collapse of ecosystems, the rise of [Donald Trump](#). But we respond to these crises as if they emerge in isolation, apparently unaware that they have all been either catalysed or exacerbated by the same coherent philosophy; a philosophy that has – or had – a name. What greater power can there be than to operate namelessly?

So pervasive has neoliberalism become that we seldom even recognise it as an ideology. We appear to accept the proposition that this utopian, millenarian faith describes a neutral force; a kind of biological law, like Darwin's theory of evolution. But the philosophy arose as a conscious attempt to reshape human life and shift the locus of power.

Neoliberalism sees competition as the defining characteristic of human relations. It redefines citizens as consumers, whose democratic choices are best exercised by buying and selling, a process that rewards merit and punishes inefficiency. It maintains that "the market" delivers benefits that could never be achieved by planning.

Attempts to limit competition are treated as inimical to liberty. Tax and regulation should be minimised, public services should be privatised. The organisation of labour and collective bargaining by [trade unions](#) are portrayed as market distortions that impede the formation of a natural hierarchy of winners and losers. Inequality is recast as virtuous: a reward for utility and a generator of wealth, which trickles down to enrich everyone. Efforts to create a more equal society are both counterproductive and morally corrosive. The market ensures that everyone gets what they deserve.

We internalise and reproduce its creeds. [The rich persuade themselves](#) that they acquired their wealth through merit, ignoring the advantages – such as education, inheritance and class – that may have helped to secure it. The poor begin to blame themselves for their failures, even when they can do little to change their circumstances.

Never mind structural unemployment: if you don't have a job it's because you are unenterprising. Never mind the impossible costs of housing: if your credit card is maxed out, you're feckless and improvident. Never mind that your children no longer have a school playing field: if they get fat, it's your fault. In a world governed by competition, those who fall behind become defined and self-defined as losers.

Among the results, as Paul Verhaeghe documents in his book *What About Me?* are epidemics of self-harm, eating disorders, depression, loneliness, performance anxiety and social phobia. Perhaps it's unsurprising that Britain, in which neoliberal ideology has been most rigorously applied, is [the loneliness capital of Europe](#). We are all neoliberals now.

The term neoliberalism was coined at a meeting in Paris in 1938. Among the delegates were two men who came to define the ideology, Ludwig von Mises and Friedrich Hayek. Both exiles from Austria, they saw social democracy, exemplified by Franklin Roosevelt's New Deal and the gradual development of Britain's welfare state, as manifestations of a collectivism that occupied the same spectrum as nazism and communism.

In *The Road to Serfdom*, published in 1944, Hayek argued that government planning, by crushing individualism, would lead inexorably to totalitarian control. Like Mises's book *Bureaucracy*, *The Road to Serfdom* was widely read. It came to the attention of some very wealthy people, who saw in the philosophy an opportunity to free themselves from regulation and tax. When, in 1947, Hayek founded the first

organisation that would spread the doctrine of neoliberalism – the [Mont Pelerin Society](#) – it was supported financially by millionaires and their foundations.

With their help, he began to create what Daniel Stedman Jones describes in *Masters of the Universe* as “a kind of neoliberal international”: a transatlantic network of academics, businessmen, journalists and activists. The movement’s rich backers funded a [series of thinktanks](#) which would refine and promote the ideology. Among them were the [American Enterprise Institute](#), [the Heritage Foundation](#), [the Cato Institute](#), [the Institute of Economic Affairs](#), [the Centre for Policy Studies](#) and [the Adam Smith Institute](#). They also financed academic positions and departments, particularly at the universities of Chicago and Virginia.

As it evolved, neoliberalism became more strident. Hayek’s view that governments should regulate competition to prevent monopolies from forming gave way – among American apostles such as [Milton Friedman](#) – to the belief that monopoly power could be seen as a reward for efficiency.

Something else happened during this transition: the movement lost its name. In 1951, Friedman was happy to [describe himself as a neoliberal](#). But soon after that, the term began to disappear. Stranger still, even as the ideology became crisper and the movement more coherent, the lost name was not replaced by any common alternative.

At first, despite its lavish funding, neoliberalism remained at the margins. The postwar consensus was almost universal: [John Maynard Keynes](#)’s economic prescriptions were widely applied, full employment and the relief of poverty were common goals in the US and much of western Europe, top rates of tax were high and governments sought social outcomes without embarrassment, developing new public services and safety nets.

But in the 1970s, when Keynesian policies began to fall apart and economic crises struck on both sides of the Atlantic, neoliberal ideas began to enter the mainstream. As Friedman remarked, “when the time came that you had to change ... there was an alternative ready there to be picked up”. With the help of sympathetic journalists and political advisers, elements of neoliberalism, especially its prescriptions for monetary policy, were adopted by Jimmy Carter’s administration in the US and Jim Callaghan’s government in Britain.

After Margaret Thatcher and Ronald Reagan took power, the rest of the package soon followed: massive tax cuts for the rich, the crushing of trade unions, deregulation, privatisation, outsourcing and competition in public services. Through the IMF, the World Bank, the Maastricht treaty and the World Trade Organisation, neoliberal policies were imposed – often without democratic consent – on much of the world. Most remarkable was its adoption among parties that once belonged to the left: Labour and the Democrats, for example. As Stedman Jones notes, “it is hard to think of another utopia to have been as fully realised.”

It may seem strange that a doctrine promising choice and freedom should have been promoted with the slogan “there is no alternative”. But, [as Hayek remarked](#) on a visit to Pinochet’s Chile – one of the first nations in which the programme was comprehensively applied – “my personal preference leans toward a liberal dictatorship rather than toward a democratic government devoid of liberalism”. The freedom that neoliberalism offers, which sounds so beguiling when expressed in general terms, turns out to mean freedom for the pike, not for the minnows.

Freedom from trade unions and collective bargaining means the freedom to suppress wages. Freedom from regulation means the [freedom to poison rivers](#), endanger workers, charge iniquitous rates of interest and design exotic financial instruments. Freedom from tax means freedom from the distribution of wealth that lifts people out of poverty.



Naomi Klein documented that neoliberals advocated the use of crises to impose unpopular policies while people were distracted. Photograph: Anya Chibis/The Guardian

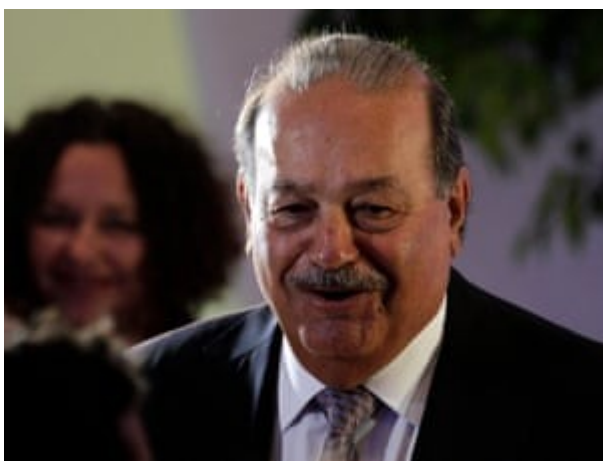
As Naomi Klein documents in [The Shock Doctrine](#), neoliberal theorists advocated the use of crises to impose unpopular policies while people were distracted: for example, in the aftermath of Pinochet's coup, the Iraq war and Hurricane Katrina, which Friedman described as "an opportunity to radically reform the educational system" in [New Orleans](#).

Where neoliberal policies cannot be imposed domestically, they are imposed internationally, through trade treaties incorporating "[investor-state dispute settlement](#)": offshore tribunals in which corporations can press for the removal of social and environmental protections. When parliaments have voted to restrict sales of [cigarettes](#), protect water supplies from mining companies, freeze energy bills or prevent pharmaceutical firms from ripping off the state, corporations have sued, often successfully. Democracy is reduced to theatre.

Another paradox of neoliberalism is that universal competition relies upon universal quantification and comparison. The result is that workers, job-seekers and public services of every kind are subject to a pettifogging, stifling regime of assessment and monitoring, designed to identify the winners and punish the losers. The doctrine that Von Mises proposed would free us from the bureaucratic nightmare of central planning has instead created one.

Neoliberalism was not conceived as a self-serving racket, but it rapidly became one. Economic growth has been markedly slower in the neoliberal era (since 1980 in Britain and the US) than it was in the preceding decades; but not for the very rich. Inequality in the distribution of both income and wealth, after 60 years of decline, rose rapidly in this era, due to the smashing of trade unions, tax reductions, rising rents, privatisation and deregulation.

The privatisation or marketisation of public services such as energy, water, trains, health, education, roads and prisons has enabled corporations to set up tollbooths in front of essential assets and charge rent, either to citizens or to government, for their use. Rent is another term for unearned income. When you pay an inflated price for a train ticket, only part of the fare compensates the operators for the money they spend on fuel, wages, rolling stock and other outlays. The rest reflects the fact that [they have you over a barrel](#).



In Mexico, Carlos Slim was granted control of almost all phone services and soon became the world's richest man. Photograph: Henry Romero/Reuters

Those who own and run the UK's privatised or semi-privatised services make stupendous fortunes by investing little and charging much. In Russia and India, oligarchs acquired state assets through firesales. In Mexico, [Carlos Slim](#) was granted control of almost all landline and mobile phone services and soon became the world's richest man.

Financialisation, as Andrew Sayer notes in [Why We Can't Afford the Rich](#), has had a similar impact. "Like rent," he argues, "interest is ... unearned income that accrues without any effort". As the poor become poorer and the rich become richer, the rich acquire increasing control over another crucial asset: money. Interest payments, overwhelmingly, are a transfer of money from the poor to the rich. As property prices and the withdrawal of state funding load people with debt (think of the switch from student grants to student loans), the banks and their executives clean up.

Sayer argues that the past four decades have been characterised by a transfer of wealth not only from the poor to the rich, but within the ranks of the wealthy: from those who make their money by producing new goods or services to those who make their money by controlling existing assets and harvesting rent, interest or capital gains. Earned income has been supplanted by unearned income.

Neoliberal policies are everywhere beset by market failures. Not only are the banks too big to fail, but so are the corporations now charged with delivering public services. As Tony Judt pointed out in [Ill Fares the Land](#), Hayek forgot that vital national services cannot be allowed to collapse, which means that competition cannot run its course. Business takes the profits, the state keeps the risk.

The greater the failure, the more extreme the ideology becomes. Governments use neoliberal crises as both excuse and opportunity to cut taxes, privatise remaining public services, rip holes in the social safety net, deregulate corporations and re-regulate citizens. The self-hating state now sinks its teeth into every organ of the public sector.

Perhaps the most dangerous impact of neoliberalism is not the economic crises it has caused, but the political crisis. As the domain of the state is reduced, our ability to change the course of our lives through voting also contracts. Instead, neoliberal theory asserts, people can exercise choice through spending. But some have more to spend than others: in the great consumer or shareholder democracy, votes are not equally distributed. The result is a disempowerment of the poor and middle. As parties of the right and [former left](#) adopt similar neoliberal policies, disempowerment turns to disenfranchisement. Large numbers of people have been shed from politics.



Slogans, symbols and sensation ... Donald Trump. Photograph: Aaron Josefczyk/Reuters

Chris Hedges [remarks](#) that "fascist movements build their base not from the politically active but the politically inactive, the 'losers' who feel, often correctly, they have no voice or role to play in the political establishment". When political debate no longer speaks to us, people become responsive [instead to slogans, symbols and sensation](#). To the admirers of Trump, for example, facts and arguments appear irrelevant.

Judt explained that when the thick mesh of interactions between people and the state has been reduced to nothing but authority and obedience, the only remaining force that binds us is state power. The totalitarianism Hayek feared is more likely to emerge when governments, having lost the moral authority

that arises from the delivery of public services, are reduced to “cajoling, threatening and ultimately coercing people to obey them”.

Like communism, neoliberalism is the God that failed. But the zombie doctrine staggers on, and one of the reasons is its anonymity. Or rather, a cluster of anonymities.

The invisible doctrine of the invisible hand is promoted by invisible backers. Slowly, very slowly, we have begun to discover the names of a few of them. We find that the Institute of Economic Affairs, which has argued forcefully in the media against the further regulation of the tobacco industry, [has been secretly funded](#) by British American Tobacco since 1963. We discover that [Charles and David Koch](#), two of the richest men in the world, founded the institute that set up the [Tea Party movement](#). We find that Charles Koch, in establishing one of his thinktanks, [noted that](#) “in order to avoid undesirable criticism, how the organisation is controlled and directed should not be widely advertised”.

The words used by neoliberalism often conceal more than they elucidate. “The market” sounds like a natural system that might bear upon us equally, like gravity or atmospheric pressure. But it is fraught with power relations. What “the market wants” tends to mean what corporations and their bosses want. “Investment”, as Sayer notes, means two quite different things. One is the funding of productive and socially useful activities, the other is the purchase of existing assets to milk them for rent, interest, dividends and capital gains. Using the same word for different activities “camouflages the sources of wealth”, leading us to confuse wealth extraction with wealth creation.

A century ago, the nouveau riche were disparaged by those who had inherited their money. Entrepreneurs sought social acceptance by passing themselves off as rentiers. Today, the relationship has been reversed: the rentiers and inheritors style themselves entrepreneurs. They claim to have earned their unearned income.

These anonymities and confusions mesh with the namelessness and placelessness of modern capitalism: the franchise model which ensures that workers [do not know for whom they toil](#); the companies registered through a network of offshore secrecy regimes so complex that [even the police cannot discover the beneficial owners](#); the tax arrangements that bamboozle governments; the financial products no one understands.

The anonymity of neoliberalism is fiercely guarded. Those who are influenced by Hayek, Mises and Friedman tend to reject the term, maintaining – with some justice – that it is used today [only pejoratively](#). But they offer us no substitute. Some describe themselves as classical liberals or libertarians, but these descriptions are both misleading and curiously self-effacing, as they suggest that there is nothing novel about *The Road to Serfdom*, *Bureaucracy* or Friedman’s classic work, *Capitalism and Freedom*.

For all that, there is something admirable about the neoliberal project, at least in its early stages. It was a distinctive, innovative philosophy promoted by a coherent network of thinkers and activists with a clear plan of action. It was patient and persistent. *The Road to Serfdom* became the path to power. Neoliberalism’s triumph also reflects the failure of the left. When laissez-faire economics led to catastrophe in 1929, Keynes devised a comprehensive economic theory to replace it. When Keynesian demand management hit the buffers in the 70s, there was an alternative ready. But when neoliberalism fell apart in 2008 there was ... nothing. This is why the zombie walks. The left and centre have produced no new general framework of economic thought for 80 years.

Every invocation of Lord Keynes is an admission of failure. To propose Keynesian solutions to the crises of the 21st century is to ignore three obvious problems. It is hard to mobilise people around old ideas; the flaws exposed in the 70s have not gone away; and, most importantly, they have nothing to say about our gravest predicament: the environmental crisis. Keynesianism works by stimulating consumer demand to promote economic growth. Consumer demand and economic growth are the motors of environmental destruction.

What the history of both Keynesianism and neoliberalism show is that it’s not enough to oppose a broken system. A coherent alternative has to be proposed. For Labour, the Democrats and the wider left, the central task should be to develop an economic Apollo programme, a conscious attempt to design a new system, tailored to the demands of the 21st century.

.....
[User418091](#)
[greatapedescendant](#)
[17 Apr 2016 15:35](#)

1 2

I feel it's a bad analogy, as use of a gun requires THOUGHT, whereas neoliberalism is a mode of thought, in which there is no real control by the body (electorate) that is 'thinking' neoliberalism into existence. Taking the doctrine of neoliberalism as a fixed mechanism, unable to change but only able to assert its postulates upon the body politic, we see that humans, and humanity, are the victims of a process wherein there is no individual to 'blame'... unless you want to blame Friedman, for example, or Hayak, who aren't really around to shoulder the burden of consequences. Ultimately, we - the body of society - must think, and think our way out of this system, or else it will kill us all.

Share

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Report](#)



[janic71](#)

[JackAubrey1001](#)

[18 Apr 2016 12:45](#)

1 2

I would suggest it's the other way around, pal. The "law of the jungle", or primitive societies are egalitarian by their very nature. The more civilised societies become the more stratified they become, leading to grotesque notions as monarchies, totalitarianism and latterly neoliberalism. Just my tuppence worth.

.....
[User418091](#)
[greatapedescendant](#)
[17 Apr 2016 15:35](#)

1 2

I feel it's a bad analogy, as use of a gun requires THOUGHT, whereas neoliberalism is a mode of thought, in which there is no real control by the body (electorate) that is 'thinking' neoliberalism into existence. Taking the doctrine of neoliberalism as a fixed mechanism, unable to change but only able to assert its postulates upon the body politic, we see that humans, and humanity, are the victims of a process wherein there is no individual to 'blame'... unless you want to blame Friedman, for example, or Hayak, who aren't really around to shoulder the burden of consequences. Ultimately, we - the body of society - must think, and think our way out of this system, or else it will kill us all.

Share

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Report](#)



[janic71](#)

[JackAubrey1001](#)

[18 Apr 2016 12:45](#)

1 2

I would suggest it's the other way around, pal. The "law of the jungle", or primitive societies are egalitarian by their very nature. The more civilised societies become the more stratified they become, leading to grotesque notions as monarchies, totalitarianism and latterly neoliberalism. Just my tuppence worth.

.....

[emiranda](#)

[Gramercy](#)

[16 Apr 2016 18:50](#)

22 23

Nonsense. Neoliberalism is indeed at fault, and at fault by inaccurately representing the real world as a financial mathematical world populated by false models such as rational actors. It is a dogma. It misplaces the source of creativity in financial incentive. That's not where artists, scientists, engineers, humanitarians, activists it journalists (or..., or...) draw their creativity from. Neoliberalism is the reducing of human creativity to the lowest levels of Maslow's hierarchy of needs (physiological need, the need for safety) rather than the higher levels (want for love/desire to love, want for esteem and finally want for challenge). It is false, and because it allows the concentration of wealth, because it allows marginal value to raise the value of diminishing resources, it is toxic to our long term survival.

.....